



Antrags-Nr.: AT-24/21

öffentlich nichtöffentlich

Antragsteller: DIE LINKE

Antragsdatum:

06. Mai 2021

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister <input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr <input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung <input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf <input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile <input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	 19.05.2021 26.05.2021

Antragsgegenstand:

Prüfung Pilotprojekt zu kostenlosen Monatshygieneartikeln

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Durchführung eines Pilotprojekts zur unentgeltlichen Bereitstellung von Monatshygieneartikeln in öffentlichen Gebäuden – insbesondere in Schulen – zu prüfen.

Die Stadtverwaltung möge bis Ende des Jahres 2021 die Prüfergebnisse und ggf. ein Konzept für die Umsetzung des Pilotprojekts im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten präsentieren. Bei der Prüfung sollen Erfahrungen aus Städten mit ähnlichen Projekten einbezogen und die Kosten dargestellt werden.

(Begründung auf Seite 2)

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift

Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
 Anzahl der **Ja**-Stimmen:
 Anzahl der **Nein**-Stimmen:
 Anzahl der **Stimmenthaltungen**:

Begründung:**Was ist das Vorhaben?**

Im Rahmen des Pilotprojekts sollen Spender (oder ähnlichen Ausgabevorrichtungen) für Binden und Tampons in den Damentoiletten aller Schulen in städtischer Trägerschaft sowie Standorte der Stadtverwaltung installiert und regelmäßig bestückt werden. Die Einbeziehung von adäquaten Mehrwegprodukten sollte ebenfalls geprüft werden. Hierdurch sollen Mädchen und Frauen kostenlosen Zugang zu Monatshygieneartikeln in öffentlichen Gebäuden erhalten.

In einer zweijährigen Pilotphase sollen Erfahrungen, Reaktionen und Kosten eines solchen Angebots evaluiert werden. Das Projekt wird von einer Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Gleichstellungsbeauftragten, der Gesundheitsmanagerin, der Fachbereiche Soziales und Schule der Stadtverwaltung und Vertreter*innen der Fraktionen begleitet. Die Arbeitsgruppe soll weitere gesellschaftliche Bereiche für mögliche zukünftige freiwillige Anwendungsfelder (bspw. Gastronomie, Kultur, Arbeitgeber*innen) einbeziehen.

Warum insbesondere in Schulen?

Der Beginn der Herausgabe bereits an Grundschulen ist wichtig, damit diese in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Einsetzen der Pubertät junger Mädchen und dem Aufklärungsunterricht steht. Darüber hinaus kann ein frühzeitiger normaler Umgang zu einer dringend notwendige Enttabuisierung des völlig natürlichen Themas Menstruation beitragen.

Außerdem wirkt die unentgeltliche Herausgabe der sogenannten „Periodenarmut“ entgegen. Auch in Schulen ist es jungen Mädchen somit möglich, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, Zugang zu Monatshygieneartikeln zu erhalten.

Warum ist es ein kommunales Thema?

Die aktuelle öffentliche Debatte zu diesem Thema macht deutlich: Hierbei handelt es sich um eine Frage der Gleichstellung von Mädchen und Frauen in unserer Gesellschaft. Artikel für die Monatshygiene sind genauso notwendig wie die geschlechterunabhängige Bereitstellung von Toilettenpapier auf öffentlichen Toiletten. In städtischen öffentlichen Gebäuden ist dies Aufgabe der Stadt und somit eine kommunalpolitische Angelegenheit.

Was machen andere?

Es gibt bereits zahlreiche Beispiele mit verschiedenen Herangehensweisen. So soll laut Parlamentsbeschluss in Schottland eine kostenfreie Verfügbarkeit in allen öffentlichen Gebäuden eingeführt werden. In Neuseeland, Frankreich und England wird dies für Schulen gelten. In der Stadt Hamm ist ein ähnliches Pilotprojekt beschlossen worden, wie es hier vorgeschlagen wird. Darüber hinaus gibt es zahlreiche freiwillige Ansätze in öffentlichen Einrichtungen in Deutschland, von der Hochschule Merseburg bis zum „Mosquito“ in Cottbus/ Chósebuž.

Das zu prüfende Pilotprojekt soll diese positiven Beispiele aufgreifen, in städtischen Gebäuden realisieren und darüber hinaus die Verantwortlichen für weitere öffentliche Gebäude und Einrichtungen in unserer Stadt einbeziehen und für eine freiwillige Beteiligung an diesem Weg werben.